

NIEDERSCHRIFT

Körperschaft:	Große Kreisstadt Freital		
Gremium:	Stadtrat		
Sitzung am:	31. März 2015		
Sitzungsort:	Rathaus Potschappel		
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr	Sitzungsende:	21:25 Uhr

Die Sitzung setzte sich aus öffentlichen und nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten zusammen.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Schriftführer:

Urkundspersonen:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Körperschaft:	Große Kreisstadt Freital
Gremium:	Stadtrat
Sitzung am:	31. März 2015

[illegible]

Bürgermeister

Mirko Kretschmer-Schöppan
Jörg-Peter Schautz

Erster Bürgermeister
Zweiter Bürgermeister, Geschäftsführer Technologie-
und Gründerzentrum Freital GmbH

Amtsleiter/innen und Mitarbeiter/innen

Henryk Eismann	Wirtschaftlicher Referent
Andreas Funk	Amtsleiter Finanzverwaltung
Matthias Gey	Sachbearbeiter Beteiligungsmanagement
Gerd Glöß	Amtsleiter Ordnungsamt
Sabine Güttel	Sachgebietsleiterin Bauleitplanung/Stadtentwicklung
Daniel Hartig	Betriebsleiter Abwasserbetrieb
Ilona Helbig	Amtsleiterin Amt für Soziales, Schulen und Jugend
Gabriele Kerger	Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt
Holger Leuschner	Amtsleiter Hauptamt
Inge Nestler	persönliche Referentin des Oberbürgermeisters
Gerhard Schiller	Amtsleiter Stadtbauamt
Heike Tiltmann	Schriftführerin
Helmut Weichlein	Juristischer Referent

Geschäftsführer

Matthias Leuschner	FREITALER STROM+GAS GMBH
Uwe Rumberg	Wohnungsgesellschaft Freital mbH
Jörg Schneider	Technische Werke Freital GmbH

Abwesenheit:**Stadträtinnen/Stadträte**

Lothar Brandau	entschuldigt, krank
Thomas Käsemodel	entschuldigt, krank
Katrin Schulze	entschuldigt, krank

Zuhörer: 13

Herr Mättig begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Herr Wolfram fragt, weshalb der Antrag A 2015/008 (Vergabesystem „Little Bird“) nicht auf der Tagesordnung steht, obwohl dieser viel eher eingereicht wurde als Anträge, die heute auf der Tagesordnung stehen.

Herr Mättig schildert, dass die Verwaltung die Vergabe von Betreuungsplätzen als innere Verwaltungsangelegenheit sieht. Die Begründung mit „Little Bird“ die Vergabe von Betreuungsplätzen besser zu machen, als mit dem Programm, was zur Zeit von der Stadt Freital genutzt wird, ist aus der Luft gegriffen. Die im Antrag genannte Kritik am städtischen Vergabesystem muss erst geklärt werden. Die Verwaltung wird dies zu gegebener Zeit aufarbeiten.

Herr Wolfram verweist auf die Sächsische Gemeindeordnung, wo der Stadtrat berechtigt ist Themen auf die Tagesordnung zu setzen. Dass der Antrag A 2015/008 nicht auf die Tagesordnung genommen wurde ist rechtswidrig.

Herr Mättig hat seinen Standpunkt erläutert und wenn Herr Wolfram seine angekündigten weiteren Schritte zielführend sieht, muss er dies tun. In dem städtischen System werden keine Fehler erkannt und somit ist kein Grund ersichtlich darüber zu diskutieren.

Änderungen zur vorliegenden Tagesordnung gibt es keine. Damit ist sie angenommen.

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft:	Große Kreisstadt Freital
Gremium:	Stadtrat
Sitzung am:	31. März 2015

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Sitzung sowie der Beschlussfähigkeit
2. Bürgerfragestunde gem. § 22 der Geschäftsordnung (bis max. 19.00 Uhr)
3. Beschluss über Einwendungen gegen die Niederschrift vom 5. Februar 2015
4. Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses
5. Beschlusskontrolle
6. Informationen und Anfragen

7. (Vorlagen-Nr.: B 2014/066)
Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Großen Kreisstadt Freital für das Haushaltsjahr 2015

(A 2014/023)
Antrag der Fraktion SPD/Die Grünen im Haushalt 2015 die Fertigstellung des Bolzplatzes an der Rabenauer Straße zu berücksichtigen
8. (A 2015/009)
Antrag der CDU-Fraktion auf regelmäßige Information über den Stand der Überarbeitung der Entgelt- und Gebührensatzung
9. (A 2015/010)
Antrag der CDU-Fraktion zur regelmäßigen Information über den aktuellen Stand der Unterbringung und Betreuung Asylbewerber
10. (A 2015/011)
Antrag mehrerer Stadträte zur Akteneinsicht - Unterbringung von Asylbewerbern im ehemaligen "Leonardo Hotel"
11. (Vorlagen-Nr.: B 2015/018)
Übernahme von Erschließungsanlagen im "Wohnpark Alter Sportplatz" im Ortsteil Pesterwitz
12. (Vorlagen-Nr.: B 2015/019)
Beschluss zur Umsetzung des Bauvorhabens Neubau einer Ein-Feld-Sporthalle im Mehrgenerationenpark Zauckerode
13. (Vorlagen-Nr.: B 2015/020)
Beschluss zur Umsetzung des Bauvorhabens Ausbau der Wartburgstraße zwischen Poisentalstraße und Rudeltstraße
14. (Vorlagen-Nr.: B 2015/023)
Entscheidung über die Annahme von Spenden im Zeitraum März 2015

Tagesordnungspunkt 1

Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Sitzung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Mättig stellt die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest.

Tagesordnungspunkt 2

Bürgerfragestunde gem. § 22 der Geschäftsordnung (bis max. 19.00 Uhr)

Herr Rülke kommt. Somit sind 32 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Jährling (Timba Lounge Bar) fragt, weshalb Freitaler Gastronomen beim Windbergfest nicht teilnehmen dürfen. Im vergangenen Jahr wurde diese Anfrage damit beantwortet, dass kein Platz mehr gewesen wäre. Bilder belegen jedoch, dass noch Platz vorhanden war und sogar Ortsfremde einen Standplatz betrieben haben. Des Weiteren stellt er die Frage in den Raum, weshalb das Windbergfest nur auf dem Gelände Burgker Straße und nicht im gesamten Stadtgebiet stattfindet.

Herrn Mättig ist die Thematik hinsichtlich der Freitaler Gastronomen bekannt. Dies sollte noch einmal in den nächsten Tagen verwaltungsintern besprochen werden. Für das Windbergfest gibt es ein System, was in sich greift, um es finanziell abzudecken. Auch bei Schlechtwetter müssen die Kosten abgefangen werden. Traditionsgemäß findet das Windbergfest auf dem Festgelände an der Burgker Straße statt, was bei der Anzahl der Besucher auch dort bleiben sollte, schon aus sicherheitstechnischen Gründen.

Herrn Jährling wird eine Antwort zugehen.

Weitere Bürgeranfragen gibt es nicht.

Tagesordnungspunkt 3

Beschluss über Einwendungen gegen die Niederschrift vom 5. Februar 2015

Frau Dr. Darmstadt bittet, im TOP 7 auf Seite 13 der Niederschrift vom 5. Februar 2015 den Inhalt des Antrages A 2015/005 im Absatz 3 näher zu erläutern.

Herr Weichlein weist darauf hin, dass bei schriftlich vorliegenden Vorlagen und Anträgen immer nur auf die Sach- und Rechtslage verwiesen wird.

Frau Dr. Darmstadt verweist auf die Veröffentlichung des öffentlichen Teils der Niederschrift, wo dann die anschließende Diskussion nicht nachvollzogen werden kann.

Herr Dr. Wasner regt im Sinne einer kollektiven Zusammenarbeit an, dem Wunsch nachzukommen und ein Austauschblatt anzufertigen.

Herr Mättig wird dem Wunsch von Frau Dr. Darmstadt folgen und ein Austauschblatt anfertigen. Demnach wird die Bestätigung des öffentlichen Teils der Niederschrift vom 5. Februar 2015 auf den Stadtrat 7. Mai 2015 vertagt.

Tagesordnungspunkt 4

Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses

Herr Mättig verliest folgenden nichtöffentlich gefassten Beschluss des Stadtrates vom 5. März 2015:

Beschluss-Nr.: 030/2015

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt die auf drei Jahre befristete Niederschlagung von Steuerforderungen einschließlich entstandener Nebenkosten in Höhe von insgesamt 29.064,80 Euro.

Abstimmungsergebnis: 30 Ja 0 Nein 0 Enthaltung

Tagesordnungspunkt 5

Beschlusskontrolle

Den Stadträten ist mit Datum vom 31. März 2015 die Beschlusskontrolle für das Jahr 2015 zugegangen. Für Fragen steht der Bereich Stadtratsangelegenheiten zur Verfügung.

Tagesordnungspunkt 6

Informationen und Anfragen

Herr Mättig informiert, dass am 8. Mai 2015, 9.00 Uhr am Mahnmahl Platz der Jugend gemeinsam mit dem Das Zusammenleben e. V. eine Kranzniederlegung zum Tag der Befreiung stattfindet. Dazu sind alle eingeladen. Des Weiteren wurden folgende Anfragen schriftlich beantwortet:

- von Herrn Brandau zur Werbung/Bekanntmachung der Kultur(All)Tage
- von Herrn Frost zur digitalen Ratsarbeit
- von Herrn Wolfram zur Auflistung aller abgerufenen Fördermittel der Stadtsanierungs-, Stadtentwicklungs- und Stadtumbauprogramme.

Herr Kretschmer-Schöppan informiert, dass laut den aktuellen Zahlen des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge 186 Asylbewerber in Freital leben, wovon 72 zentral und 114 dezentral untergebracht sind. 21 Personen in Familien, 2 allein reisende Frauen sowie 163 allein reisende Männer.

Herr Richter kritisiert Kommentare gegen Asylbewerber auf Facebookseiten und verliest einige anonym. Auch der Antrag A 2015/011 der CDU-Fraktion richtet sich gegen Flüchtlinge. Damit wird mit den Ängsten der Bürgerinnen und Bürger politischer Gewinn gemacht. Herr Richter stellt sich die Frage, weshalb die CDU-Fraktion und einige andere Stadträte die Sprecher der Petitionseinreicher gegen das ehemalige „Leonardo Hotel“ als Asylunterkunft werden, bei anderen Themen wie Bildung usw. jedoch schweigen.

Frau Dr. Darmstadt weist darauf hin, dass der Antrag A 2015/011 heute noch auf der Tagesordnung steht, wo darüber diskutiert werden kann. Jetzt ist man im Tagesordnungspunkt Informationen und Anfragen, wo politische Meinungsäußerungen oder Statements nicht hingehören.

Herr Dr. Wasner stellt folgende Fragen schriftlich:

1. Wer ist von Seiten der Stadtverwaltung verantwortlich für die Asylbewerber in Freital?
2. Wie werden die Maßnahmen zwischen Asylbeirat und Aktionsbündnis „Willkommen in Freital“ koordiniert?
3. Welche Informationen liegen zu den Asylbewerbern in der Stadtverwaltung vor (Name, Alter, Passbild, Herkunftsland, Sprachen, Gesundheitszustand, Interessen)?
4. Wie wird organisiert, dass diese Informationen an das Aktionsbündnis gelangen?
5. Wie werden die dezentral untergebrachten Asylbewerber betreut? Wie kann der Kontakt zum Aktionsbündnis hergestellt werden?

Herr Mättig wird die Fragen schriftlich beantworten, wobei nicht zu viele Informationen erwartet werden sollten, da der Landkreis für die Asylthematik zuständig ist und der Stadt nicht allzu viele Informationen vorliegen. Kritisch wird von der Verwaltung gesehen, dass sie selbst einige Punkte erst aus der Presse erfahren muss. In der Verwaltung sind Herr Kretschmer-Schöppan und Frau Hildebrandt-Fischer die Ansprechpartner für die Asylthematik.

Herr Frost erinnert an seine Anfrage aus der letzten Stadtratssitzung zum Ausbau des Breitbandnetzes, wo bis dato noch keine Antwort vorliegt. Die Antwort auf seine Anfrage zur digitalen Ratsarbeit ist nicht zufriedenstellend, da die Ortschaftsräte und sachkundigen Einwohner nicht einbezogen wurden. Des Weiteren möchte er wissen, wie viele Stadträte sich für die Nutzung des Tablets gemeldet haben. Vor einiger Zeit hat Herr Frost angefragt, das Passwort für den SSG-Zugang zu erhalten, was abgelehnt wurde, da dies nur für die Verwaltung und nicht für den Stadtrat ist. Wenn jedoch von Seiten der Verwaltung argumentiert und sich auf Positionen des Sächsischen Städte- und Gemeindetages bezogen wird, sollte dies unterlassen werden, da die Inhalte des Sächsischen Städte- und Gemeindetages nicht nachvollziehbar sind. Zur anstehenden Bebauung des Gutshofes in Pesterwitz möchte er wissen, ob bei der Vertragsgestaltung berücksichtigt wurde, dass der Durchgang gesichert ist, weil dieser als Schulweg zählt.

Herr Mättig wird die Fragen schriftlich beantworten lassen.

Herr Schautz führt zum Breitbandnetz aus, dass die Beantwortung erst einmal ausgesetzt wurde, sie demnächst den Stadträten aber zugehen wird.

Herr Wolframm informiert über die zwei stattgefundenen Sitzungen des Beirates Asyl. Der Beirat wird sich 14-tägig treffen, worüber der Stadtrat dann informiert wird. Des Weiteren geht er auf die erste Sitzung des Bildungsausschusses ein. Von Seiten der Verwaltung wurde zwar dazu eingeladen, aber ohne gewisse Tagesordnungspunkte festzusetzen. Herr Kretschmer-Schöppan äußerte, dass die zu behandelnden Themen von den Stadträten kommen sollen. Diese Art der Umsetzung des Willens des Stadtrates ist nicht nachvollziehbar.

Herr Abraham fragt, ob die im ehemaligen „Leonardo Hotel“ aufgenommen Asylbewerber zu dem festgelegten aufzunehmenden Kontingent der Stadt Freital zählen oder es als zentrale Aufnahmestelle zu sehen ist. Des Weiteren wünscht er sich, die Thematik Asyl nicht zum Wahlkampf zu nutzen.

Herr Mättig antwortet, dass das ehemalige „Leonardo Hotel“ keine Erstaufnahmestelle ist und die untergebrachten Asylbewerber zu dem aufzunehmenden Kontingent zählen.

Herr Mayer informiert, dass die mündliche Verhandlung seiner Klage gegen den Kauf der Lederfabrik vor Gericht (Beschluss-Nr.: 055/2013) auf den 28. April 2015, 13.00 Uhr festgesetzt wurde. Von Seiten der Verwaltung sind dazu mit der heutigen Post entsprechende Unterlagen den Stadträten zugegangen. Weiterhin bedankt er sich, dass er

am 17. März 2015 die Möglichkeit erhalten hat, Einsicht in die Bauakten der Grundschule Wurgwitz zu nehmen. Dabei hat er festgestellt, dass eine Variantenvergleichsstudie von 2006 dem Stadtrat nicht zur Kenntnis gegeben wurde. Des Weiteren ist mit Datum vom 30. August 2007 ein kompletter Fördermittelantrag zur Sanierung der Grundschule Wurgwitz gestellt worden, welcher mit Datum vom 12. Oktober 2007 und Vermerk der Sächsischen Aufbaubank „erledigt“ an die Stadt Freital zurückgesendet wurde. Da aus der Akteneinsicht die Gründe der Rücksendung nicht erkenntlich sind, bittet er, ihm den am Fördermittelvorgang beteiligten Schriftwechsel zukommen zu lassen. Des Weiteren möchte er wissen, wie hoch die Kosten für die Vergleichsstudie und die Erstellung des vorgenannten Fördermittelantrages gewesen sind. Herr Mayer fordert Herrn Mättig auf, ihm innerhalb von vier Wochen die Akteneinsicht zu ermöglichen bzw. die Fragen zu beantworten.

Herr Mättig wird es schriftlich beantworten lassen.

Herr Käfer bemerkt, dass mit der Vollsperrung der Poisentalsstraße ab Juli 2015 vorgesehen ist, die Umleitung über die Burgker Straße/Kohlenstraße in Richtung Bannewitz zu führen. Wurde geprüft, ob der Teil der Kohlenstraße ab Am Birkenwäldchen bis Beginn Dresdner Landstraße, den Verkehr aufnehmen kann? Die Bauern, die die angrenzenden Felder bewirtschaften, sehen aufgrund der unebenen Straße Bedenken, zumal vorige Woche in dem Bereich ein Autokran umgekippt ist.

Herr Mättig wird es prüfen und beantworten lassen.

Weitere Informationen und Anfragen gibt es nicht.

Tagesordnungspunkt 7	B 2014/066
Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Großen Kreisstadt Freital für das Haushaltsjahr 2015	
	A 2014/023
Antrag der Fraktion SPD/Die Grünen im Haushalt 2015 die Fertigstellung des Bolzplatzes an der Rabenauer Straße zu berücksichtigen	

Herr Mättig übergibt für den Tagesordnungspunkt die Wortführung an Herrn Kretschmer-Schöppan, behält jedoch den Vorsitz.

Herr Kretschmer-Schöppan führt aus, dass mit dem 3. Entwurf ein genehmigungsfähiger Haushalt 2015 vorgelegt werden kann. Bis es soweit war, gab es folgende Schwierigkeiten zu lösen:

1. niedrigere Gewerbesteuer gegenüber dem bisherigen Planansatz um 1,65 Mio. Euro,
2. den Einbruch der allgemeinen Schlüsselzuweisungen in Höhe von 410.000 Euro,
3. eine Erhöhung der Kreisumlage um 480.000 Euro gegenüber dem bisherigen Planansatz,
4. höhere Personalaufwendungen von ca. 910.000 Euro.

Der Haushalt enthält ordentliche Erträge von 55,76 Mio. Euro und ordentliche Aufwendungen von 58,55 Mio. Euro, wo ein Minus von 2,789 Mio. Euro zu verzeichnen ist. Das Minus ist zulässig, da übergangsweise bis einschließlich 2016 zahlungswirksame Erträge und nichtzahlungswirksame Aufwendungen bei der Beurteilung eines gesetzmäßigen Haushaltsausgleichs außer Acht gelassen werden können. Um für die Zukunft den Haushalt auf sichere Beine zu stellen, wird es unumgänglich sein, die Gebührensatzungen und Entgeltordnungen usw. zu prüfen. Dazu gehört, fraktionsübergreifend über die freiwilligen sozialen und kulturellen Bereiche zu diskutieren. In dem 3. Entwurf des Haushaltes 2015 ist eine Erhöhung der Grundsteuer B um 15,8 % und der Gewerbesteuer um 2,632 % eingeplant. Bis 2018 sind Investitionsmaßnahmen in Höhe von 43,8 Mio. Euro vorgesehen.

Davon fließen 18,605 Mio. Euro in Schulen und Kindertagesstätten, 3,5 Mio. Euro in Straßen und 15,23 Mio. Euro in Sanierungs- und Stadtumbaugebiete. Bis 2018 sollen 4,5 Mio. Euro planmäßig getilgt werden. Herr Kretschmer-Schöppan bedankt sich bei den Stadträten für die Zusammenarbeit bei der Erstellung des Haushaltsplanes. Des Weiteren dankt er Herrn Funk und seinen Mitarbeitern für die geleistete Arbeit.

Herr Pfitzenreiter nimmt Bezug auf den ersten Entwurf des Haushaltes, der ein deutliches Defizit hatte. Um dieses Defizit zu senken, fanden viele Besprechungen zum Haushalt in sowie außerhalb der Ausschüsse statt. Es wurden Einsparungen vorgenommen, dabei für den Bürger spürbare Einschnitte jedoch vermieden, da es zum Beispiel im freiwilligen Bereich so gut wie keine Kürzungen gibt. Um in den nächsten Jahren den Haushalt gut aufstellen zu können, sind weitere Maßnahmen erforderlich, die bereits im Vorbericht zum 3. Entwurf der Haushaltssatzung erwähnt sind. Gerade bei der von der Verwaltung vorgeschlagenen Steuererhöhung wurden intensive Diskussionen geführt. Ziel ist es gewesen andere Einsparungen zu finden, um die Mehrbelastung für die Bürger durch die Steueranpassung zu verringern. Daher wird im Laufe der heutigen Diskussion noch eine Reduzierung des Hebesatzes beantragt werden. Herr Pfitzenreiter bedankt sich bei der Verwaltung für die Arbeit.

Herr Richter führt aus, dass die Fraktion DIE LINKE. keinen Kürzungen im Bereich der Grund- und Oberschulen sowie einer Erhöhung der Grundsteuer B und Gewerbesteuer zustimmen wird. Positiv wird der Ausbau der Kindertagesstätte „Mühlenwichtel“, die Sanierung der Grundschule Wurgwitz und andere Maßnahmen in die Zukunft Freital's gesehen. Man sollte jedoch nicht außer Acht lassen, dass der Doppelhaushalt der Landesregierung noch nicht verabschiedet ist, welcher dann Auswirkungen auf den städtischen Haushalt haben wird. Aufgrund dessen hat die Fraktion DIE LINKE. eine Resolution verfasst. Er verliest die Resolution, die die Forderung der kommunalen Spitzenverbände an die Staatsregierung, die Lernmittelergänzungspauschale zu entfristen und auch weiterhin die Zahlungen an die kommunale Ebene zu leisten, unterstützt. Des Weiteren wird die Staatsregierung aufgefordert, den Haushaltsansatz der Sach- und Gemeinkostenzuschläge sowie abzusehende Preissteigerungen und Tarifierhöhungen bei der Kindertagesbetreuung einzuplanen. Die aus der Betriebskostensteigerung resultierende Erhöhung der Elternbeiträge muss komplett vom Land Sachsen übernommen werden. Dazu ist die Erhöhung der Obergrenze für die Elternbeitragssätze im Haushaltbegleitgesetz zu streichen. Die Fraktion DIE LINKE. wird sich bei der Abstimmung zum Haushalt enthalten. Herr Richter bedankt sich bei der Kämmerei für die Arbeit.

Herr Dr. Wasner bemerkt, dass die Diskussionen zum Haushalt 2015 die intensivsten waren, die es jemals gegeben hat. Positiv ist zu sehen, dass die freiwilligen Leistungen nahezu konstant geblieben sind gegenüber den Vorjahren, was jedoch auf Kosten der Einsparungen in der Verwaltungstätigkeit geht. Die Steuern wurden letztmalig 2002 erhöht, seitdem haben sich die Ausgaben für Personal verdoppelt, für Schulen verdreifacht und die für die Kinderbetreuung sogar ca. 5 ½ facht. Herr Dr. Wasner ist der Ansicht, dass zu spät begonnen wurde über Maßnahmen zu diskutieren, wie der Haushalt besser aufgestellt werden kann. Die Fraktion Bürger für Freital ist nicht dafür die Bürger zu belasten, aber das Gemeinwohl muss auch zukunftsfähig gestaltet werden. Über die Erhöhung der Steuersätze sollte im Rahmen der heutigen Diskussion noch gesprochen werden.

Herr Richter verlässt die Sitzung. Somit sind 31 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Wolframm erläutert, dass es nur die Möglichkeiten der Kürzung von Leistungen oder das Generieren von Einnahmen gibt. Einnahmen können nur über steuerliche Möglichkeiten, die der Gesetzgeber hergibt (Schlüsselzuweisungen) generiert werden. Dafür hat sich der Stadtrat fraktionsübergreifend geeinigt die Steuern anzuheben, um näher an den Landesdurchschnitt zu kommen und damit höhere Schlüsselzuweisungen zu erhalten.

Einsparungen bei der Musikschule, den Sportvereinen und anderen Kultureinrichtungen wurden nicht vorgenommen.

Herr Mayer zeigt als Mangel an, dass der Vorbericht zum Haushalt den Stadträten heute erst als Tischvorlage vorgelegt wurde. Des Weiteren wurde dem Stadtrat bis dato nicht das tatsächliche Ergebnis des Jahres 2014 vorgelegt. Die in den vergangenen Wochen geführten Diskussionen haben zu dem Ergebnis geführt, dass die Ausgaben immer noch 12,8 Mio. Euro höher sind als das IST 2013 (25,7 %) und die Einnahmen durch die Steuererhöhung 3,7 Mio. Euro höher sind als das IST 2013. Gegenüber dem 1. Entwurf des Haushaltes wurden Einsparungen in Höhe von 629.000 Euro erzielt, was 1 % des gesamten Haushaltes ausmacht. Dem Stadtrat wird durch einen Mehrbedarf von 27 % gegenüber dem IST 2013 suggeriert, dass eine Steuererhöhung unumgänglich ist. Jedoch würde mit einer Senkung des Mehrbedarfs um 2 % diese Steuererhöhung nicht notwendig sein. Herrn Mayer würde es nicht verwundern, wenn im Sommer 2015 auf einmal von einem Überschuss die Rede ist, der dann wieder genutzt wird um irgendwelche Maßnahmen zu finanzieren. Die für die Freitaler Bürger wichtige Weiterführung der Umgehungsstraße wird erneut verschoben, wofür die ehemalige Lederfabrik hohe Priorität erhält, die den Haushalt schwer belastet. Angesichts der geschilderten und unseriösen Haltung der „Geschäftsführung“ der Verwaltung wird die AfD-Fraktion dem Haushalt nicht zustimmen.

Herr Mättig stellt richtig, dass die Mehrausgaben gegenüber dem IST 2013 unter anderem aus der Kinderbetreuung resultieren. Auch die AfD-Fraktion hat sich diesem hohen Stellenwert verschrieben. Das Ergebnis 2014 kann den Stadträten noch nicht vorgelegt werden, da es dieses noch nicht gibt. Ein gegenseitiges Ausspielen bringt die Stadt Freital nicht weiter und Herr Mättig hofft, die Diskussion sachlich weiterzuführen.

Frau Dr. Darmstadt kann der von der Verwaltung vorgeschlagenen Erhöhung der Grundsteuer B nicht zustimmen. Sie stellt den Antrag, die Grundsteuer B auf 415 % festzulegen (sächsischer Durchschnitt liegt bei 412 %), um auch die höheren Schlüsselzuweisungen zu erhalten.

Herr Rülke begrüßt, dass der Haushalt 2015 ohne Neuverschuldung auskommt und Kredite weiter getilgt werden. Der Aussage von Herrn Wolfram, dass Einnahmen nur über die steuerlichen Möglichkeiten generiert werden können, die vom Gesetzgeber her möglich sind, widerspricht er. Steuererhöhung ist nicht das einzige Mittel, um Einnahmen zu erzielen. Es sollte versucht werden, mehr Gewerbe und Anwohner nach Freital zu holen, um darüber mehr Einnahmen zu bekommen. Des Weiteren sind strukturelle Veränderungen notwendig, wie zum Beispiel die Neuausrichtung der städtischen Gesellschaften. Er ist sich sicher, dass sich kein Stadtrat die Steuererhöhung leicht macht, egal um welchen Prozentsatz es geht. Hinsichtlich der geäußerten Kritik von Herrn Mayer stellt Herr Rülke sich die Frage, welche konkreten konstruktiven Vorschläge von der AfD-Fraktion zur Verbesserung des Haushaltes gekommen sind.

Herr Frost stellt fest, unabhängig von dem was er zum Haushalt 2015 noch sagen wird, dass die von Seiten der Kämmerei bereitgestellten Unterlagen eine sehr gute Arbeit sind. Dennoch bittet er, für die nächsten Haushaltspläne, das Anlagenverzeichnis vom 1. bis zum letzten Entwurf beizubehalten. Im 1. Entwurf waren 6 Mio. Euro Zuschuss/Darlehen für die Technologie- und Gründerzentrum Freital GmbH vorgesehen, die im 3. Entwurf nicht mehr enthalten sind. Er fragt, wohin die Mittel sind. Des Weiteren fragt er, ob die kürzlich beschlossene Lohnerhöhung seitens der Gewerkschaft mit berücksichtigt sind. Bezüglich der Gewinnausschüttung der Wirtschaftsbetriebe Freital geht Herr Frost davon aus, wenn der Vertrag der Entgeltforfaitierung mit dem Freizeitzentrum Hains gekündigt wird, damit auch die Verpflichtung der Stadt Freital zur Deckung der Kosten wegfällt. Wenn die Stadt Freital sich in den nächsten Jahren weitere Investitionen in der Kinderbetreuung usw. leisten will, muss weiter nach Einsparungen bzw. Einnahmen gesucht werden oder Investitionen müssen

gestrichen werden. Die Umstellung auf die Doppik ist soweit gelungen, aber immer noch fehlt die Eröffnungsbilanz. Herrn Frost fällt es schwer dem Haushalt zuzustimmen.

Herr Kretschmer-Schöppan kann die Kritik zur fehlenden Eröffnungsbilanz nachvollziehen, stellt aber fest, dass die Eröffnungsbilanz auf die tatsächliche Haushaltsplanung 2015 wenig Auswirkungen hat. Die aktuellen Beschlüsse des Stadtrates zu den Finanzbeziehungen zum Hains sind im aktuellen Haushaltsentwurf berücksichtigt.

Herr Leuschner führt zu den stattgefundenen Tarifverhandlungen mit ver.di aus, dass diese sich nicht auf die Kommunen sondern auf das Land beziehen und somit im städtischen Haushalt nicht berücksichtigt werden müssen.

Herr Funk korrigiert die Aussage von Herrn Dr. Wasner zur letzten Steuererhöhung, dass diese nicht im Jahr 2002 sondern 2001 war. Dass das Ergebnis 2014 noch nicht vorliegt, liegt nicht daran, dass die Verwaltung es nicht vorlegen will sondern es wird teilweise noch auf das Jahr 2014 gebucht. Wenn jetzt Zahlen herausgegeben werden, kann es sein, dass diese dann mit dem tatsächlichen Jahresabschluss nicht übereinstimmen. Für die Erstellung des Haushaltes gibt es gewisse gesetzliche Vorgaben, wo es der Verwaltung unter anderem auch freigestellt ist, welche Vorlagen verwendet werden. Die Anlagen 9 und 12 hingegen wurden von der Verwaltung viel detaillierter dargelegt als gefordert. Daher ist es schwierig eine einheitliche Form durchzuziehen. Zu den 6 Mio. Euro Gesellschafterdarlehen an die Technologie- und Gründerzentrum Freital GmbH führt Herr Funk aus, dass die Mittel aus dem Rest des Jahres 2014 gezahlt wurden. Die laufende Liquiditätshilfe ist im Haushaltsplan 2015 im Teil Investitionen dargestellt. Hinsichtlich des Landesdurchschnittes der Grundsteuer B erklärt er, dass der Doppelhaushalt des Freistaates erst noch beschlossen wird und dieser noch nicht bekannt ist. Es ist jedoch davon auszugehen, dass der Landesdurchschnitt steigen wird, da auch andere Kommunen im Freistaat Hebesatzänderungen vornehmen. Die Stadt Freital hat sich mit ihren vorgeschlagenen 440 % an der Stadt Pirna orientiert. Eine Änderung auf 415 %, wie es von Frau Dr. Darmstadt beantragt wurde, würde für die Jahre 2015 bis 2018 ca. 800.000 Euro weniger Erträge mit sich bringen. Im Haushalt 2015 ist das Problem, dass die ordentliche Tilgung nicht aus den laufenden Mitteln erwirtschaftet werden kann. Dies wurde dargestellt und auch mit der Kommunalaufsicht kommuniziert. Inwiefern die Kommunalaufsicht den Haushalt bei einem Hebesatz von 415 % bestätigen kann, ist nicht einzuschätzen.

Herr Dr. Wasner fragt, wie es sich bei einer Anhebung der Grundsteuer B auf 425 % verhält und ob dort die Kreditrückzahlungen gewährleistet sind.

Herr Funk antwortet, dass dann im Zeitraum 2015 bis 2018 ca. 500.000 Euro fehlen würden. Für das Jahr 2017 wird es dann schwierig, die ordentlichen Tilgungsauszahlungen zu erwirtschaften. Für die weiteren Jahre sind dann die Reserven aufgebraucht.

Frau Dr. Darmstadt spricht für ihren Antrag, die Grundsteuer B auf 415 % anzuheben, um damit den Bürgern auch zu zeigen, dass nicht einfach so entschieden wird und der Stadtrat sich auch Gedanken macht, wie was umstrukturiert werden kann.

Herr Dr. Wasner sieht auch eine gewisse Verantwortung, die Zukunftsfähigkeit der Stadt Freital zu erhalten. Laut Aussage von Herrn Funk ist diese bei der Grundsteuer B mit 440 % bis 2018 gegeben. Bei einer Anhebung auf 425 % kann es geradeso gehen. Daher kann Herr Dr. Wasner dem Antrag von Frau Dr. Darmstadt (415 %) nicht zustimmen. Er empfiehlt eher die Anhebung auf 425 %.

Herr Funk ergänzt, dass mit 440 % schon ein Rahmen gegeben ist, über das Jahr 2018 hinaus zu denken. Damit wird auch ein längerer Zeitraum geschaffen, nicht wieder über Steuererhöhungen nachzudenken. Man sollte auch nicht außer Acht lassen, dass mit der Erhebung der Steuern ein enormer Verwaltungsaufwand verbunden ist, wo zwischen 15.000 und 20.000 Steuerbescheide verschickt werden.

Herr Specht weist auf die Empfehlung des Finanz- und Verwaltungsausschusses zur Anhebung der Grundsteuer B auf 440 % hin, die mit 7 Ja, 3 Nein und 2 Enthaltungen angenommen wurde. Daher kann er die jetzige Diskussion nicht nachvollziehen.

Herr Wolframm stimmt Herrn Specht zu.

Herr Tschirner beantragt eine Auszeit, damit die Fraktionsvorsitzenden sich beraten können, um nicht Gefahr zu laufen, dass der Haushalt aufgrund der geführten Diskussion nicht bestätigt wird.

Zum Antrag auf Auszeit gibt es keine Wortmeldungen.

Pause von 19:40 bis 19:55 Uhr

Frau Dr. Darmstadt hält ihren Antrag, die Grundsteuer B auf 415 % anzuheben, aufrecht.

Da es zum Antrag von Frau Dr. Darmstadt keine Wortmeldungen mehr gibt, kommt dieser zur Abstimmung.

Von den 31 Stimmberechtigten stimmen zwei für den Antrag. Damit ist er abgelehnt.

Herr Kretschmer-Schöppan geht im Namen der Verwaltung davon aus, dass im Finanz- und Verwaltungsausschuss alle im Raum stehenden Anträge behandelt wurden und er fragt, ob es noch Anträge zum Haushalt gibt, über die beraten werden sollte.

Herr Schneider führt aus, dass der Ortschaftsrat Pesterwitz am 24. März 2015 einen Änderungsantrag zum Ausbau Dorfplatz Pesterwitz eingebracht hat, welchen er hiermit zurückzieht. Grund ist, dass die im Antrag aufgeführte Summe von 509.000 Euro nicht belastbar ist. Daher hat der Ortschaftsrat Pesterwitz seinen Antrag überarbeitet und reicht ihn mit Datum 30. März 2015 erneut ein, wo die Kostenschätzung ohne Straße bei 302.000 Euro liegt. Da aus der Beratung des Finanz- und Verwaltungsausschusses ersichtlich wurde, dass einigen Stadträten noch Informationen zu der Maßnahme fehlen, schlägt Herr Schneider vor, alle Stadträte und die Verwaltungsspitze mit dem Investor und Planer zu einer Begehung vor Ort einzuladen. Herr Schneider bittet, dem Antrag zuzustimmen.

Herr Kretschmer-Schöppan fragt, ob allen Stadträten der Antrag vorliegt.

Von Seiten der Stadträte gibt es keinen gegenteiligen Äußerungen.

Frau Ebert als Ortsvorsteherin von Wurgwitz ist der Meinung, dass die Ortschaften sich nicht gegenseitig ausspielen sollten, denn jede Ortschaft hat Maßnahmen, die dringend erforderlich sind. Sie äußert den Wunsch, dass alle Investitionsvorhaben die von 2016 bis 2020 in den Ortschaften vorgesehen sind, aufgelistet werden und dann eine Prioritätenliste erstellt wird. In diesem Zusammenhang erinnert sie an die jahrelange Forderung zum Ausbau der Oberhermsdorfer Straße, die immer noch nicht gebaut wurde.

Herr Frost unterstützt die Aussagen von Frau Ebert. Dass ein Dorfplatz in Pesterwitz gestaltet werden soll ist lobenswert, aber der Investor ist verpflichtet die Fläche zu gestalten, da diese sein Eigentum ist. Er möchte die Fläche nun der Stadt Freital zum symbolischen Preis von 1 Euro überlassen, spart in dem Zuge aber die Kosten der Gestaltung.

Herr Meyer nimmt Bezug auf die Diskussion im Finanz- und Verwaltungsausschuss, wo schon deutlich zum Ausdruck kam, so kurzfristig der Maßnahme nicht zuzustimmen zu können. Es gibt im Stadtgebiet noch andere Flächen wo Handlungsbedarf besteht.

Herr Wolframm begrüßt die Idee des Dorfplatzes, stimmt jedoch seinen Vorrednern zu. Hinzukommt, dass im Finanz- und Verwaltungsausschuss von 509.000 Euro und nun von 302.000 Euro die Rede ist, was so nicht nachvollziehbar ist.

Herr Heinzmann stimmt ebenfalls den Ausführungen von Frau Ebert zu.

Da es zum Antrag des Ortschaftsrates Pesterwitz keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommt dieser zur Abstimmung.

Von den 31 Stimmberechtigten stimmen zwei für den Antrag. Damit ist er abgelehnt.

Herr Käfer nimmt Bezug auf den Antrag des Ortschaftsrates Kleinnaundorf zum Neubau einer Kleinfeldsportanlage und fragt, ob darauf noch eingegangen wird oder ob dieser im Haushalt schon berücksichtigt ist.

Herr Mättig erläutert, dass Ortschaftsräte keine Anträge in der Form stellen dürfen. Anträge können durch Fraktionsmitglieder gestellt werden, so dass Herr Schneider als Stadtrat und Ortsvorsteher von Pesterwitz die Möglichkeit hatte, den Antrag des Ortschaftsrates Pesterwitz in den Stadtrat einzubringen.

Herr Weichlein ergänzt, dass ein formelles Antragsrecht der Ortschaftsräte nicht besteht und es lediglich als Vorschlag in den Stadtrat eingebracht werden kann. Bei Herrn Schneider ist den Unterschied, dass er Mitglied der CDU-Fraktion ist.

Herr Kretschmer-Schöppan fragt ungeachtet dessen, ob es Fraktionsmeinungen zum Antrag des Ortschaftsrates Kleinnaundorf gibt.

Herr Wolframm sieht es wie bei dem Antrag des Ortschaftsrates Pesterwitz, dass dieser sehr kurzfristig eingereicht wurde, das Vorhaben an sich aber lobenswert ist und eine Begehung vor Ort wünschenswert wäre.

Herr Mayer spricht folgende Anträge der AfD-Fraktion an und erläutert sie:

1. Produktkonto 111302.431300 – Sperrvermerk Verbandsumlage KISA
2. Produktkonto 511103.096100-785110 – Bestandsicherung ehemalige Lederfabrik, Streichung aus dem Haushalt
3. Produktkonto 542001.096200-785120 – Ausbau Oberhermsdorfer Straße, Aufnahme Planungskosten.

Da es zum Antrag Sperrvermerk, Verbandsumlage KISA keine Wortmeldungen gibt, kommt dieser zur Abstimmung.

Von den 31 Stimmberechtigten stimmen vier für den Antrag. Damit ist er abgelehnt.

Herr Specht spricht sich gegen den Antrag aus, die Mittel für die Bestandssicherung der Lederfabrik aus dem Haushalt zu streichen. Da die Maßnahme zu 100 % bezuschusst wird, hat diese Maßnahme nichts mit dem Haushalt zu tun.

Herr Pfitzenreiter geht davon aus, dass es nicht der richtige Zeitpunkt ist über Maßnahmen an sich zu sprechen und den Stadträten zeitnah eine Vorlage mit detaillierten Informationen vorgelegt wird. Den Investitionshaushalt belastet es aufgrund der 100 %igen Förderung erst einmal nicht und daher spricht nichts dagegen, den Betrag im Haushalt zu belassen.

Herr Meyer stimmt seinen Vorrednern zu und wird den Antrag ablehnen.

Da es zum Antrag der AfD-Fraktion die Mittel zur Bestandssicherung der ehemaligen Lederfabrik aus den Haushalt zu streichen, keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommt dieser zur Abstimmung.

Von den 31 Stimmberechtigten stimmen drei für den Antrag. Damit ist er abgelehnt.

Frau Ebert äußert, dass der Ortschaftsrat Wurgwitz erfreut ist, dass die Maßnahme Oberhermsdorfer Straße im Jahr 2016 im Haushalt eingeordnet ist.

Da es zum Antrag der AfD-Fraktion, die Planungskosten für den Ausbau der Oberhermsdorfer Straße in den Haushalt 2015 einzustellen, keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommt dieser zur Abstimmung.

Von den 31 Stimmberechtigten stimmen vier für den Antrag. Damit ist er abgelehnt.

Frau Dr. Darmstadt stellt die Anträge,

- im Investitionshaushalt bei der Maßnahme Neubau Ein-Feld-Sporthalle Zauckerode einen Sperrvermerk anzubringen, unter Vorbehalt der Fördermittelzusage.
- im Produktkonto 111601/Datenverarbeitung den Namen der Software „Little Bird“ zu streichen. Es kann ja sein, dass man sich letztendlich für eine andere Software entscheidet und da sollte man sich noch nicht mit dem Namen im Haushalt festlegen.

Herr Mättig äußert, dass die Software „Little Bird“ als Kompromiss zum Antrag A 2015/008 mit Sperrvermerk in den Haushalt aufgenommen wird. Um jetzt nicht erneut die Diskussion zur Software über die Vergabe von Betreuungsplätzen zu diskutieren, sollte der Begriff „Little Bird“ drin bleiben. Mit welcher Software letztendlich gearbeitet wird, muss der Stadtrat entscheiden.

Herr Wolframm ergänzt, dass es den Antrag A 2015/008 der Fraktion SPD/Die Grünen gibt, der von Herrn Mättig nicht auf die Tagesordnung genommen wurde. Daher hat die Fraktion SPD/Die Grünen im Zuge der Haushaltsdiskussion einen Antrag gestellt, die Mittel für den Erwerb der Software „Little Bird“ in den Haushalt einzustellen. Er spricht sich dafür aus, den Namen „Little Bird“ im Produktkonto 111601/Datenverarbeitung stehen zu lassen.

Frau Dr. Darmstadt ändert ihren Antrag, als Alternative vor den Namen „Little Bird“ den Zusatz „zum Beispiel“ zu schreiben.

Herr Frost spricht sich dafür aus, den Kauf der Software mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen zum Antrag, vor den Namen „Little Bird“ den Zusatz „zum Beispiel“ anzubringen gibt, kommt dieser zur Abstimmung.

Von den 31 Stimmberechtigten stimmen 15 mit Ja, 15 mit Nein und 1 mit Enthaltung. Damit ist keine Mehrheit erreicht und der Antrag ist abgelehnt.

Herr Kretschmer-Schöppan greift den Antrag zum Sperrvermerk im Investitionshaushalt zur Maßnahme Neubau Ein-Feld-Sporthalle Zauckerode auf und bringt den Sperrvermerk an.

Herr Pfitzenreiter bringt zum Antrag der CDU-Fraktion, die Mittel für die Sanierung des Bahnhofs Potschappel zu streichen, als Kompromiss ein, die Maßnahme aus dem Investitionshaushalt herauszunehmen und sie im Zuge der Diskussion zur Erstellung einer Prioritätenliste von Maßnahmen mit zu betrachten.

Herr Mättig warnt davor alle Maßnahmen zu streichen. Es geht bei dem Bahnhof Potschappel um die Erstellung einer Planung.

Herr Schautz fügt hinzu, dass die Maßnahme Bahnhof Potschappel momentan mit einem Sperrvermerk im Haushalt versehen ist. Die Dinge werden neu beantragt und daher soll der Stadtrat sagen, ob rein oder raus im Haushalt.

Herr Pfitzenreiter zieht den Antrag der CDU-Fraktion zum Bahnhof Potschappel zurück.

Herr Frost fragt zur Maßnahme Poststraße 2 a im Investitionshaushalt, ob es sich um ein städtisches oder privates Grundstück handelt und was mit dem Objekt vorgesehen ist.

Herr Kretschmer-Schöppan antwortet, dass es sich um eine private Maßnahme der Stadtsanierung handelt.

Herr Schautz schlägt vor, über die einzelne Maßnahme noch einmal gesondert zu informieren. Aber jede private Maßnahme zu einer Beschlussvorlage zu bringen, empfiehlt er im Sinne der Förderung usw. nicht.

Herrn Frost geht es darum, an der Maßnahme Poststraße 2 a einen Sperrvermerk anzubringen.

Da es zu dem Antrag von Herrn Frost, an der Poststraße 2 a einen Sperrvermerk anzubringen, keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommt dieser zur Abstimmung.

Von den 31 Stimmberechtigten stimmen vier dem Antrag zu. Damit ist er abgelehnt.

Herr Kretschmer Schöppan fragt, ob es noch weitere Anträge gibt die offen sind und noch beraten bzw. abgestimmt werden müssen.

Seitens der Stadträte gibt es keine Wortmeldungen, dass noch Anträge offen sind.

Herr Mättig übernimmt wieder die Wortführung des Tagesordnungspunktes.

Zum Haushalt 2015 gibt es keine weiteren Wortmeldungen. Daher kommt er als 3. Entwurf mit Stand vom 24. März 2015 zur Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 032/2015

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 gemäß dem in der Anlage beigefügten 3. Entwurf vom 24. März 2015.

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen:	21
Nein-Stimmen:	4
Stimmenthaltungen:	6

Herr Wolframm erklärt, dass die Fraktion SPD/Die Grünen den Antrag A 2014/023 eingereicht hat, um der bereits beschlossenen Sanierung des Bolzplatzes an der Rabenauer Straße Geltung zu verleihen. Die Fraktion ist der Meinung, dass ohne diesen Antrag der Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung weiter untätig geblieben und ihren Dienstpflichten nach Sächsischer Gemeindeordnung nicht nachgekommen wären. Mit dem Haushalt wurde nunmehr die Maßnahme Fertigstellung Bolzplatz beschlossen.

Herr Mättig führt aus, dass im Haushalt die Summe für die „Luxusvariante“ eingestellt ist und vorgeschalten, die Maßnahme im Ausschuss noch einmal vorgestellt wurde.

Herr Rülke erklärt, dass er sich bei der Abstimmung zum Haushalt enthalten hat, da er eine Anhebung der Grundsteuer B auf 440 % nicht zustimmen kann. Den Kompromiss von 425 % hat er befürwortet.

Frau Dr. Darmstadt begründet, dass sie dem Haushalt nicht zugestimmt hat, da sie ebenfalls der Erhöhung der Grundsteuer B auf 440 % nicht zustimmen kann.

Herr Mättig bedankt sich, dass der Haushalt 2015 beschlossen wurde und damit die Bezuschussung der Vereine und die Investitionen an Schulen und Kindergärten möglich sind. Dass die Steuererhöhung sicher nicht bei allen Bürgern gut ankommen wird ist verständlich, aber im Gegenzug waren diese in den letzten 13 Jahren stabil. Herr Mättig bedankt sich bei Herrn Funk und seinen Mitarbeitern für die geleistete Arbeit.

Herr Nagel bittet, dass den Bürgern gegenüber die Notwendigkeit der Steuererhöhung umfassend erläutert wird und dass damit wieder eine langjährige Stabilität möglich ist.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht.

Tagesordnungspunkt 8**A 2015/009****Antrag der CDU-Fraktion auf regelmäßige Information über den Stand der Überarbeitung der Entgelt- und Gebührensatzung**

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)

am 24. März 2015

Frau Ebert erläutert den Antrag und ändert den Beschlussvorschlag wie folgt:

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt, regelmäßig in jeder Sitzung des Finanz- und Verwaltungsausschusses und quartalsweise im Stadtrat über den aktuellen Stand zur Überarbeitung der Entgelt- und Gebührensatzungen der Stadt Freital informiert zu werden.

Herr Wolframm kann den Antrag A 2015/009 nicht nachvollziehen. Es ist die Pflicht eines Oberbürgermeisters den Stadtrat zu informieren, da bedarf es keinen Antrag.

Für Herrn Dr. Wasner ist es wichtig festzulegen, wann welche Satzung neu beschlossen werden soll. Dazu sollte in einer der nächsten Sitzung gesprochen werden.

Herr Meyer weist auf den soeben gefassten Beschluss zum Haushalt hin, wo unter anderem gesagt wurde, generell zu schauen, wo Einnahmen erzielt und Einsparungen vorgenommen werden können. Man sollte den Haushalt insgesamt betrachten und nicht nur einzelne Punkte herausgreifen.

Herr Mättig spricht sich für den Antrag aus.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag.

Beschluss-Nr.: 033/2015

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt, regelmäßig in jeder Sitzung des Finanz- und Verwaltungsausschusses und quartalsweise im Stadtrat über den aktuellen Stand zur Überarbeitung der Entgelt- und Gebührensatzungen der Stadt Freital informiert zu werden.

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen:	24
Nein-Stimmen:	4
Stimmenthaltungen:	3

Tagesordnungspunkt 9

A 2015/010

Antrag der CDU-Fraktion zur regelmäßigen Information über den aktuellen Stand der Unterbringung und Betreuung Asylbewerber

Herr Pfitzenreiter erläutert den Antrag und bittet um eine sachliche Diskussion.

Herr Gliemann schließt sich der Bitte um eine sachliche Diskussion an.

Herr Mättig kann die Kritik, dass der Stadtrat sich nicht richtig informiert fühlt, nachvollziehen. Der Stadt Freital liegen aber vom Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge keine anderen Informationen vor. Ob die Informationen immer in der Öffentlichkeit dann erfolgen, kann Herr Mättig nicht versichern, da es auch Informationen gibt, die nichtöffentlich sind. Am morgigen Tag findet ein Termin mit der Firma ProShelter, dem Betreiber der Asylunterkunft des ehemaligen „Leonardo Hotel“ statt. Ein Antrag auf Nutzungsänderung liegt der Stadt Freital noch nicht vor.

Herr Meyer unterstützt den Antrag A 2015/010, wobei das Thema so wichtig ist, von sich aus öffentlich zu informieren. Wenn über etwas nichtöffentlich informiert wird, sollte man dies genau prüfen.

Herr Wolframm informiert aus dem Kreistag, dass auch dieser nicht ausreichend informiert wird, z. B. hinsichtlich der Verträge mit ProShelter. Von der Kreistagsfraktion SPD/Die Grünen wurde vor ca. zwei Wochen eine Anfrage gestellt. Wenn die Antwort vorliegt, kann dem Stadtrat gewisse Antworten gegeben werden. Entsprechende Anfragen wurden auch schon an die Landesregierung gestellt. Herr Wolframm spricht sich für den Antrag aus, wobei die

Informationspflicht des Oberbürgermeisters schon in der Sächsischen Gemeindeordnung geregelt ist. Er fordert die Stadträte, die gleichzeitig Kreisräte sind auf, einen ähnlich formulierten Antrag an den Landrat zu stellen.

Herr Heger bittet, dass bei den Informationen auch mit darauf eingegangen wird, wie viel abgelehnte Asylbewerber sich in Freital aufhalten und weshalb keine Abschiebung erfolgt.

Herr Mättig nimmt die Bitte auf und wird prüfen, wie die Auskunft erfolgen kann, da sicher auch datenschutzrechtliche Dinge zu beachten sind. Den Beschlussvorschlag dementsprechend anzupassen, lehnt Herr Mättig ab.

Herr Specht äußert, dass genau die Aussagen zu nicht abgeschobenen Asylbewerbern nicht zielführend sind, da dies genau die Gegner der Asylbewerber stärkt.

Herr Mättig fragt Herrn Heger, ob es ausreichend ist, im Protokoll seinen Wunsch zur Information über nichtabgeschobene Asylbewerber zu formulieren.

Herrn Heger ist es ausreichend, wenn es im Protokoll vermerkt und darüber informiert wird.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 034/2015

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beauftragt die Verwaltung zu jeder Sitzung des Stadtrates über den aktuellen Stand der Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber in der Stadt Freital zu informieren. Dabei wird der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge aufgefordert seiner Informationspflicht gemäß § 10 Abs. 1 und 2 SächsLKrO im Rahmen dieses Tagesordnungspunkts nachzukommen.

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Tagesordnungspunkt 10

A 2015/011

Antrag mehrerer Stadträte zur Akteneinsicht - Unterbringung von Asylbewerbern im ehemaligen "Leonardo Hotel"

Herr Mättig informiert, dass es zwischen dem ehemaligen Eigentümer des „Leonardo Hotels“ und dem jetzigen Betreiber ProShelter einen Kaufvertrag zum Objekt „Leonardo Hotel“ gibt. In dem Vertrag ist als Bedingung festgelegt, dass alle Hinweisschilder zum „Leonardo Hotel“ im Stadtgebiet zu entfernen sind.

Herr Wolfram geht davon aus, da es keinen Antrag auf Umnutzung gibt, es auch keine Akten dazu geben wird.

Herr Pfitzenreiter legt dar, dass genau deswegen der Antrag gestellt wird, um zu sehen, welche Unterlagen der Landkreis zum ehemaligen „Leonardo Hotel“ und deren Nutzung als Asylunterkunft hat. Damit soll die von Bürgern eingereichte Petition gegen das „Leonardo Hotel“ als Asylunterkunft, welche vom Landkreis mit dem Verweis auf die Zuständigkeit der Stadt Freital zurückgeschickt wurde, begleitet werden.

Herr Wolfram geht von den bisherigen Erfahrungen davon aus, dass der Landrat die Thematik bewusst nicht in seinem Petitionsausschuss behandeln möchte und demzufolge es der Stadt Freital zuschiebt. Es gehört aber in den Petitionsausschuss des Landkreises, da auch der Landkreis die Verhandlungen mit dem Betreiber ProShelter geführt hat. Demzufolge ist der Antrag A 2015/011 nicht richtig.

Herr Mättig wird in einem Gespräch mit dem Landrat die Einsicht des Vertrages mit ProShelter fordern. Den Antrag heute mit einem Stadtratsbeschluss zu hinterlegen ist sicher nicht schädlich, da dann nicht nur er als Oberbürgermeister sondern der gesamte Stadtrat sich an den Landrat wendet.

Herr Rülke sieht in dem Antrag die Möglichkeit, festzustellen, ob der Landkreis bisher wirklich all seine Informationen weitergegeben hat oder welche zurückgehalten wurden. Wenn dann festgestellt wird, dass die Stadt Freital für die Petition nicht zuständig ist, dann muss sie an den Landkreis bzw. Kreistag zurückverwiesen werden. Des Weiteren weist Herr Rülke darauf hin, dass es sich bei dem Antrag A 2015/011 um einen Antrag auf Akteneinsicht handelt und es nicht darum geht einen Beschluss herbeizuführen. Der Antrag A 2015/011 ist nicht abzustimmen.

Herr Mayer stimmt dem zu, dass kein Stadtratsbeschluss erforderlich ist. Sieben Stadträte haben den Antrag auf Akteneinsicht unterschrieben und damit ist es die Pflicht des Oberbürgermeisters, die Akteneinsicht zu ermöglichen.

Herr Mättig sieht kein Problem darin, den Antrag A 2015/011 zur Abstimmung zu bringen, wenn dies gewünscht wird.

Dazu gibt es keine Wortmeldungen.

Herr Abraham bittet, wenn Anträge oder ähnliches von Stadträten unterschrieben werden, die Namen der Unterschriebenen deutlich mit anzugeben, um zu wissen, wer unterschreibt.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt keine Abstimmung des Antrages.

Tagesordnungspunkt 11	B 2015/018
Übernahme von Erschließungsanlagen im "Wohnpark Alter Sportplatz" im Ortsteil Pesterwitz	

Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss (TUA)

am 19. März 2015

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)

am 24. März 2015

Vorberatung im Ortschaftsrat Pesterwitz

am 23. März 2015

Herr Schiller geht auf die Frage von Herrn Mayer aus dem Finanz- und Verwaltungsausschuss ein, hinsichtlich der Unterhaltungskosten, die sich jährlich auf ca. 8.800 Euro belaufen.

Da kein Diskussionsbedarf besteht, folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 035/2015

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital stimmt der Übernahme der Flurstücke 70/3 und 128/193 der Gemarkung Oberpesterwitz in das Eigentum der Großen Kreisstadt Freital zu.

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Tagesordnungspunkt 12

B 2015/019

Beschluss zur Umsetzung des Bauvorhabens Neubau einer Ein-Feld-Sporthalle im Mehrgenerationenpark Zuckerode

Vorberatung im Sozial- und Kulturausschuss (SKA)	am 17. März 2015
Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss (TUA)	am 19. März 2015
Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)	am 24. März 2015

Herr Wolframm begrüßt im Namen der Fraktion SPD/Die Grünen den Neubau der Turnhalle. Vor allem die Schaffung von Tribünen ist zu befürworten, die für kleinere Wettkämpfe notwendig sind.

Herr Mayer fragt,

- ob es schon Aussagen zu den Fördermitteln gibt.
- wann der Baubeginn vorgesehen ist und ob der fördermittelunschädliche Baubeginn beantragt wird.

Herr Schautz antwortet, dass die Fördermittel in Höhe der Fachförderung in Aussicht gestellt sind. Gegenwärtig wurde noch ein Antrag für eine Städtebauförderung gestellt, um eine zusätzliche Förderung zu bekommen. Die Information zum förderunschädlichen Planungs- und Baubeginn wird er im Technischen und Umweltausschuss noch einmal kommunizieren.

Herr Rülke stimmt im Namen der CDU-Fraktion der Vorlage zu. Wünschenswert ist eine langfristige Planung, aus der ersichtlich ist bei welchen Turnhallen in Zukunft Bau- und Sanierungsmaßnahmen notwendig sind.

Herr Heinzmann nimmt Bezug auf eine Untersuchung der Firma Möschke & Werner aus dem Jahr 2009, wo der prognostizierte Bedarf der Sportstätten bis 2020 dargestellt ist. Er regt an, sich dieser Studie wieder einmal anzunehmen und darauf die weitere Planung aufzubauen. Er stimmt der Vorlage zu.

Herr Tschirner führt aus, dass die neue Turnhalle der ähnliche Bautyp ist, wie die vor fünf Jahren errichtete Halle an der Grundschule Zuckerode. Die Halle an der Grundschule Zuckerode kostete ca. 1,2 Mio. Euro und für die neue Halle werden ca. 1,85 Mio. Euro geplant. Er bittet, im Technischen und Umweltausschuss auf die Unterschiede sowie auf die Planung der neu entstehenden Halle zu der an der Grundschule Zuckerode einzugehen. Weiterhin sollte im Technischen und Umweltausschuss mit Blick auf die Besucher des Mehrgenerationenparks dargelegt werden, ob öffentliche Toiletten geschaffen werden können und wenn nicht, weshalb.

Herr Mättig geht davon aus, dass im Ausschuss schon die Diskussion zu den Preisunterschieden der Hallen stattgefunden hat. Welche Probleme es mit der Bereitstellung von öffentlichen Toiletten, die unbeaufsichtigt sind, gibt, dürfte jedem bekannt sein. Heute sollte der Umsetzungsbeschluss des Turnhallenneubaus gefasst werden und der Stadtrat wird dann schrittweise mit eingebunden.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 036/2015

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt die Planungsfortführung und die Bauausführung für den Neubau einer Ein-Feld-Sporthalle im Mehrgenerationenpark Zuckerode. Die Umsetzung steht unter Finanzierungsvorbehalt (Beschluss und Bestätigung Haushaltssatzung 2015).

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	2

Tagesordnungspunkt 13

B 2015/020

Beschluss zur Umsetzung des Bauvorhabens Ausbau der Wartburgstraße zwischen Poisentalstraße und Rudeltstraße

Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss (TUA)
Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)

am 19. März 2015
am 24. März 2015

Da kein Diskussionsbedarf besteht, folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 037/2015

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt die Umsetzung des Bauvorhabens Ausbau der Wartburgstraße zwischen der Poisentalstraße und Rudeltstraße. Die Umsetzung steht unter Finanzierungsvorbehalt (Beschluss und Bestätigung Haushaltssatzung 2015).

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Entscheidung über die Annahme von Spenden im Zeitraum März 2015

Herr Funk geht kurz auf die Sach- und Rechtslage ein und informiert, dass den Stadträten mit Stand 27. März 2015 eine aktualisierte Anlage zugegangen ist, die heute zur Abstimmung steht.

Frau Kummer verlässt den Saal. Somit sind 30 Stimmberechtigte anwesend.

Frau Dr. Darmstadt und Herr Pfitzenreiter erklären sich befangen, da sie eine Spende geleistet haben. Beide verlassen das Gremium. Somit sind es 28 Stimmberechtigte.

Da kein Diskussionsbedarf besteht, folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 038/2015

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt, die in der Anlage 1 mit Stand 27. März 2015 aufgeführten Spenden anzunehmen.

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	30
Davon stimmberechtigt:	28
Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0
Befangen	2

Frau Dr. Darmstadt und Herr Pfitzenreiter kommen zurück ins Gremium und Frau Kummer kommt wieder in den Saal. Somit sind 31 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Mättig beendet den öffentlichen Teil und stellt die Nichtöffentlichkeit her.